

Änderungsantrag Friedens- und Entspannungspolitik



1. Ukraine

Wir unterstützen die Ukraine auf dem Weg in die EU. Einen Beitritt zur NATO lehnen wir jedoch ab. Im hoffentlich bald anstehenden Waffenstillstands- und Friedensprozess – der nicht mit einem Diktatfrieden zu Ungunsten der Ukraine enden darf – soll die Ukraine belastbare internationale Sicherheitsgarantien ggf. unter Einbeziehung der NATO erhalten. Ihre Sicherheitsinteressen sollen durch eine internationale, mit einem „robusten“ Mandat ausgestattete und entsprechend ausgerüstete Friedenstruppe der UNO gewährleistet werden. Die Lieferung von Marschflugkörpern „Taurus“ an die Ukraine lehnen wir ab.

2. Haushalt, Wehretat, Bundeswehr

Wir wollen, dass Deutschland wieder verteidigungsfähig wird und stehen daher zur NATO-Vereinbarung, 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung auszugeben. Die 2% sind aber für uns die Obergrenze und auch nur so lange gerechtfertigt, wie die militärische Aggression Russlands in Europa andauert. Eine massive Aufrüstung ist nicht vertretbar. Die NATO ist Russland in praktisch allen Bereichen mehrfach überlegen. Selbst nur die europäischen NATO-Länder allein betrachtet sind Russland deutlich überlegen. Die Ausgaben für die Ukraine dürfen nicht zu Lasten der Sozial-, Bildungs-, Klimaschutz- oder anderer zukunftssichernder Maßnahmen gehen. Wenn eine genügende Unterstützung der Ukraine im Rahmen des 2%-BIP-Beschlusses nicht möglich ist, müssen zusätzlich benötigte Mittel über Sonderregelungen als erhöhte Kreditaufnahmen beschafft werden.

3. Wehrpflicht

Wir lehnen die in noch nach Artikel 12a des Grundgesetzes mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht ab.

4. Rüstung

Die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen – wie im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von allen Unterzeichner*innen verbindlich zugesagt – verhindert einen Atomkrieg und damit die Zerstörung unseres Lebensraums. Das ist und bleibt unser Ziel. Deswegen setzen wir uns konsequent auf allen Ebenen für eine Ächtung und schnelle Abrüstung von Atomwaffen ein. Das bedeutet auch, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beitrifft und die „Nukleare Teilhabe“ beendet. An all dem ändert auch der russische Angriffskrieg nichts.

Wir brauchen dringend eine neue Abrüstung und neue Verbote z.B. für autonome Waffen und Waffen im Cyber- und Weltraum.

Konsequent lehnen wir jede Aufrüstung mit neuen US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ab und setzen uns ebenso dafür ein, dass Russland seine vergleichbaren, in Kaliningrad stationierten Raketen abzieht. Für die Länder der NATO ist aufgrund der deutlichen Überlegenheit in praktisch allen Bereichen der Verzicht auf die Stationierung weiterer Raketen in Deutschland keine Einbuße an Sicherheit.